

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. März 1964

Blatt 608

Vortragsreihe "Wien um 1900"

=====

20. März (RK) Das Institut für Wissenschaft und Kunst, die Wiener Volkshochschulen, die Arbeiterkammer und die Kleine Galerie veranstalten mit Unterstützung des Kulturamtes der Stadt Wien eine Vortragsreihe "Wien um 1900". Die Serie ist als Einführung in die große Festwochenausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien gedacht, die am 5. Juni eröffnet werden wird. Alle Vorträge finden im großen Saal des Kammergebäudes, 4, Prinz Eugen-Straße 20, bei freiem Eintritt statt:

Gestern abend sprach Dr. Felix Czeike über "Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation Wiens um 1900". Die nächsten Vorträge sind: Donnerstag, 2. April, 19 Uhr, Hofrat Prof. Dr. Edwin Rollett "Literatur und Theater in Wien um 1900". Donnerstag, 9. April, 19 Uhr, Direktor Dr. Franz Glück "Adolf Loos und der Jugendstil". Donnerstag, 16. April, 19 Uhr, Architekt Dipl.-Ing. Günther Friedrich Feuerstein "Das Architekturschaffen in Wien um 1900" (mit Lichtbildern). Donnerstag, 23. April, 19 Uhr, Dr. Johannes Dobai "Gustav Klimt" (mit Lichtbildern). Donnerstag, 14. Mai, 19 Uhr, Kustos Dr. Wilhelm Mrazek "Reform und Wiedergeburt des Kunsthandwerks" (mit Lichtbildern). Donnerstag, 21. Mai, 19 Uhr, Dr. Hans Bisanz "Buchgraphik und Plakatkunst in Wien um 1900" (mit Lichtbildern). Donnerstag, 4. Juni, 19 Uhr, Sektionschef Dr. Wilhelm Waldstein "Das Musikschaffen in Wien um 1900" (mit Musikbeispielen). Donnerstag, 11. Juni, 19 Uhr, Dr. Heribert Hutter "Malerie und Plastik in Wien um 1900" (mit Lichtbildern).

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

20. März (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute zu einer Sitzung zusammen.

Weiter Grundsteuerbefreiung für neue Wohnungen

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) referierte einen Gesetzentwurf, durch den das Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1952 neuerlich geändert wird. Wie der Referent ausführte, handelt es sich um eine Verlängerung der Bestimmungen über die Grundsteuerbefreiung für Neubauwohnungen bis 1. Jänner 1969.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) stimmt dem Gesetzentwurf prinzipiell zu. Es sei ihm jedoch aufgefallen, daß man mit der Vorlage so spät in den Landtag gekommen ist. Das Gesetz ist nämlich bereits mit 1. Jänner 1964 abgelaufen. Im übrigen regt der Redner an, ein gesamtes Gesetzeswerk über diese Materie zu schaffen. Derzeit gibt es nämlich drei Landesgesetze, die sich mit der Grundsteuer befassen.

Abg. DDr. Prutscher (ÖVP) regt eine ähnliche Regelung auch für neue Geschäftsräume an. Voraussetzung dafür wären allerdings entsprechende gesetzliche Maßnahmen des Bundes. Nun hat die ÖVP am 18. März im Nationalrat eine diesbezügliche Anfrage eingebracht, ob der Minister bereit sei, eine Novelle des Bundesgrundsteuergesetzes einzubringen, die eine Befreiung auch für den Neubau von Geschäftsräumen möglich macht.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik sagt im Schlußwort, daß er sich mit den in der Debatte gemachten Anregungen gerne beschäftigen werde.

Die Gesetzesvorlage wird bei der Abstimmung in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf referiert Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik über einen Gesetzentwurf zur Ergänzung des Verfahrens hinsichtlich der Grundsteuer und der Lohnsummensteuer und Ergänzungen der Wiener Abgabenordnung. Das Gesetz dient dazu, für diese Abgaben eine verfahrensrechtliche Lücke zu schließen, die entstanden ist, weil durch die Bundesabgabenordnung die Reichsabgabenordnung mit Wirkung vom 1. Jänner 1962 außer Kraft gesetzt wurde.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) verweist darauf, daß nunmehr ein Steuerbescheid auch gegen andere Personen wirken soll als jene, denen er zugegangen ist, also gegen Rechtsnachfolger, weswegen er in einem Zusatzantrag die Aufnahme einer Bestimmung verlangt, daß bei Zustellung eines Grundsteuerbescheides auch der Rechtsnachfolger rechtsmittelfähig sein soll.

In seinem Schlußwort bedauert Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik, diesen Zusatzantrag, den er als beratungswürdig bezeichnet, nicht zur Annahme empfehlen zu können, weil diese Gesetze im Einvernehmen mit den anderen Ländern ausgearbeitet werden und die Partner nicht präjudiziert werden sollen. Er werde aber die zuständigen Magistratsabteilungen ersuchen, das Problem auf Bundesländerebene einer Beratung zu unterziehen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf unter Ablehnung des Zusatzantrages mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

20. März (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 24. März:

16 Uhr, Neubau, Hermannsgasse 24-28, 2. Stock,
16 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/II/201,
18 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1.

- - -

Ballkalender

=====

20. März (RK) In der Zeit vom 21. März bis 11. April finden in Wien noch folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Samstag, 21. März: Wimberger ("Kleiner" Kohlenhändler-Ball).

Samstag, 4. April: Wimberger (Kränzchen der Wiener Verkehrsbetriebe - Musik-Bauleitung).

Samstag, 11. April: Wimberger (Kränzchen der Polizeisportvereinigung Wien-West).

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

20. März (RK) Bürgermeister Jonas eröffnete hierauf die Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Im Einlauf befanden sich zwei Anfragen von Gemeinderäten der FPÖ und zwei von Gemeinderäten der ÖVP.

Von der Fraktion der KLS wurden Anträge, betreffend "beschleunigte Ausfertigung und Zustellung der Beschlußprotokolle über die Sitzungen des Gemeinderates", "eine Betriebsverbesserung auf der Straßenbahnlinie 0", "Einsatz von Pendelzügen auf den Straßenbahnlinie 66 und 67" eingebracht.

Die Fraktion der ÖVP hat zwei Anträge eingebracht; sie betreffen "die Einrichtung von Wohnungen der städtischen Wohnhausanlage, 22, Erzherzog Karl-Straße - Rugierstraße mit Einbaumöbeln" und "Verkehrserleichterungen im Spitzenverkehr durch Arbeitszeitstaffelung".

Die GR. Kowarsch, Haag und Genossen (ÖVP) haben eine Dringlichkeitsanfrage an den Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII gerichtet, und zwar betreffend Schwierigkeiten einer ausreichenden Gasversorgung, und die Verlesung und Besprechung dieser Anfrage vor Schluß der Sitzung verlangt.

Bürgermeister Jonas teilte sodann mit, daß GR. Neset (FPÖ) aus beruflichen Gründen sein Mandat als Mitglied des Gemeinderates zurückgelegt hat. Als nächster Ersatzmann wurde Dr. Erwin Hirschall berufen und angelobt. Dem ausgeschiedenen Gemeinderat Adolf Neset wurde, wie Bürgermeister Jonas mitteilte, für seine Arbeit im Wiener Gemeinderat, dem er seit dem Jahr 1959 angehört hat, brieflich der Dank der Stadtverwaltung und sein persönlicher Dank ausgesprochen.

Ein neuer Sportplatz in der Brigittenau

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, die Errichtung einer Sportanlage im 20. Bezirk, Lorenz Müller-Gasse, referierte GR. Gertrude Sandner (SPÖ). Die Referentin stellte fest, daß im Zuge des Ausbaues der Adalbert Stifter-Straße ein Sportplatz geräumt werden muß. Als Ersatzgelände wurde eine 40.000 Quadrat-

meter große Fläche zur Verfügung gestellt. Der Sportplatz soll so angelegt werden, daß dort die verschiedensten Sportarten betrieben werden können. Auch die Errichtung eines Zuschauerraumes für 500 Personen ist geplant.

GR. Lauscher (KLS) begrüßt die Schaffung dieser neuen Sportanlage, bedauert jedoch gleichzeitig, daß es sich nicht um einen zusätzlichen Sportplatz handelt, sondern nur um einen Ersatz für einen zu räumenden. Bei derartigen Verlegungen müßte jedoch darauf geachtet werden, daß der alte Sportplatz erst dann geschliffen wird, wenn der neue bereits fertig ist und in Betrieb genommen werden kann. Leider wurden bereits einige Male Sportplätze geräumt, und die davon betroffenen Vereine haben bis jetzt keine Ersatzanlage bekommen. Man erklärt zwar immer wieder, was alles für den Sport getan wird, in Wirklichkeit aber vergeht zwischen der Beschlußfassung und der Verwirklichung eines Projektes immer eine viel zu lange Zeit. Als der Redner dann noch auf die Hallenbäder, die seiner Ansicht nach keine ausreichend großen Schwimmbecken haben, und auf die Störung des Trainingsbetriebes der Schwimmer durch die Wassersparmaßnahmen zu sprechen kommt und in diesem Zusammenhang auf die Olympiade in Tokio, wird er von Bürgermeister Jonas unterbrochen, der ihn ersucht, sich nicht allzuweit vom Verhandlungsthema zu entfernen. Als ungenügend bezeichnet der Redner die Zahl der Zuschauerplätze. Bei der alten Sportanlage, die rund 17.400 Quadratmeter umfaßte, fanden 5.000 Zuschauer Platz, bei der neuen ungleich größeren, sollen es jedoch nur 500 sein. Er bittet um Aufklärung, warum die Platzzahl so klein ist. Im übrigen wird seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

GR. Bittner (ÖVP) begrüßt es, daß im 20. Bezirk eine neue große Sportanlage gebaut wird, die allen Anforderungen des modernen Sportbetriebs entsprechen soll. Es sei erfreulich, daß nunmehr 40.000 statt 17.000 Quadratmeter dafür zur Verfügung stehen.

Es gehe jedoch nicht nur darum, so betont GR. Bittner, daß die Gemeinde Wien neue Sportplätze errichtet, sondern auch darum, daß die Anlagen der Jugend aller Richtungen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang erinnert er an einen Antrag, der bereits vor zwei Jahren von seiner Fraktion gestellt worden sei und sich mit der Vergabe von Sportplätzen beschäftigte. Wie schon

damals festgestellt wurde, bestehe auf diesem Gebiet in Wien ein gewisses Mißverhältnis. Er sei der Auffassung, daß hier nicht der Proporz, sondern in erster Linie die sportliche Leistung maßgebend sein müsse. Obwohl nun die Turn- und Sportunion auf wirklich große Leistungen, vor allem in der Leichtathletik, hinweisen kann, stehen diesem Verein von insgesamt 72 Sportplätzen nur drei zur Verfügung, dem ASKÖ hingegen 28.

An Stadtrat Sigmund richtet GR. Bittner sodann den Appell, mehr Grundstücke für den Bau von Sportplätzen in Wien freizuhalten, vor allem im Gebiet jenseits der Donau, wo es noch genügend Grundstücke gibt, die von der Gemeinde Wien für solche Zwecke angekauft werden könnten. Im übrigen gebe seine Fraktion dem Antrag ihre Zustimmung.

GR. Rösner (SPÖ) berichtigt die Angaben von GR. Bittner über die Vergabe von Sportplätzen insofern, als er feststellt, daß der ASKÖ nicht 28, sondern nur 13 Sportplätze von der Gemeinde Wien in Verwaltung hat; bei den übrigen handelt es sich um Bundessportplätze und andere. Bezüglich der sportlichen Leistungen betont GR. Rösner, daß der ASKÖ in erster Linie den Massensport pflegt, und erst in zweiter Linie den Kampfsport.

Außerdem komme es bei den Sportverbänden auch auf eine möglichst große Teilnahme der Jugend an, das heißt also, auch auf die Mitgliederzahl. Während nun im Statistischen Taschenbuch der Stadt Wien vom Jahr 1962 die Mitgliederzahl des ASKÖ Wien mit 128.410 und die Zahl der ASKÖ-Vereine mit 534 angegeben sind, der allgemeine Sportverband Wien mit 34.025 Mitgliedern und 200 Vereinen aufscheint usw., ist die Turn- und Sportunion hier überhaupt nicht vertreten. (Zwischenruf aus den Bänken der ÖVP: Das spricht nicht für das Taschenbuch!) Der Grund dafür sei nämlich, daß die Union ihre Mitgliederzahl dem Sportbeirat nicht bekanntgibt - sie scheine sich davor zu fürchten. Dies treffe jedoch nicht nur auf das Jahr 1962 zu, sondern es müsse festgestellt werden, daß die Turn- und Sportunion schon seit zehn Jahren keine Mitgliederzahlen bekanntgibt.

Als GR. Rösner auf die Miete von Sportplätzen zu sprechen kommt, erteilt ihm Bürgermeister Jonas ebenso wie vorher GR. Lauscher die Ermahnung, daß er sich zuweit vom Verhandlungsthema entferne. Daraufhin kommt GR. Rösner wieder auf den Bau der Sportanlage im 20. Bezirk zu sprechen und erklärt, er halte es für erfreulich, daß der Zuschauerplatz nur für 500 Personen vorgesehen sei. Dies stehe nämlich mit der Forderung im Einklang, daß Sportplätze für Wettkämpfe nur außerhalb der Stadt gebaut werden, die Sportplätze innerhalb der Stadt aber in erster Linie dem allgemeinen Sportbetrieb gewidmet sein sollten.

Im Schlußwort entgegnet Berichterstatter GR. Gertrude Sandner der Forderung von GR. Bittner an Stadtrat Sigmund mit der Bemerkung, daß die ÖVP-Fraktion nicht nur immer fordern, sondern auch mit-helfen-sollte, daß endlich entsprechende Grundbeschaffungsgesetze geschaffen werden. Zur Frage der Zuschauerzahl auf dem neuen Sportplatz stellt sie fest, daß der geplante Zuschauerraum in Übereinstimmung mit den Sportorganisationen festgelegt wurde. Sollte sich jedoch ein Mehrbedarf ergeben, so seien alle Möglichkeiten vorhanden, um für eine größere Zahl von Zuschauern Platz zu schaffen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Verkehrsbauwerk Lobkowitzbrücke

Hierauf legte Stadtrat Heller (SPÖ) den Antrag auf grundsätzliche Genehmigung zum Ausbau der Lobkowitzbrücke zu einem die dortigen Verkehrsprobleme entscheidend verbessernden Verkehrsbauwerk und Neubau der umliegenden Straßenzüge vor. Er ersuchte um Genehmigung der Kosten für die Projekterstellung in Höhe von 700.000 Schilling. Die hohe Leistungsfähigkeit dieser Kreuzung soll vor allem dadurch erreicht werden, daß neben der bestehenden Lobkowitzbrücke praktisch zwei weitere Brückenbauwerke stromaufwärts errichtet werden, eines für den Autobusverkehr und ein zweites für den Verkehr in nord-südlicher Richtung. Ähnlich wie bei der Kennedy-Brücke soll auch hier der öffentliche Verkehr mit seinen Umsteigerelationen zusammengefaßt werden, die Straßenbahnlinie 8 soll in die Theresienbadgasse verlegt und eine Fußgängerpassage gebaut werden. Die Gesamtbaukosten werden derzeit mit 40 Millionen Schilling geschätzt.

GR. Hausner (KLS) begrüßte das Vorhaben, meldete aber Bedenken gegen die Verlegung der Straßenbahnlinie 8 in die Theresienbadgasse an, weil diese eng ist und einen starken Fußgängerverkehr mit viel Kindern aufweist.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) bezeichnete es als erfreulich, daß man nun darangeht, einen neuralgischen Verkehrspunkt zu sanieren. Das Projekt ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit für eine ganze Reihe von wichtigen Verkehrssträngen die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Es ist darum notwendig, alle Voraussetzungen für den Individual- wie für den Massenverkehr in erster und zweiter Ebene zu überprüfen. Das Projekt wurde nach bestem Wissen und Gewissen geprüft, doch würde eine wirklich exakte Berechnung erst möglich sein, wenn auch die Materialien für einen generellen Verkehrsplan in zweiter Ebene vorliegen. Für die Lösung im Falle Lobkowitzbrücke in zweiter Ebene würde die Verlagerung der Stadtbahn bei der Gumpendorfer Straße bis zur Philadelphia-Brücke zweifellos eine weitere Entlastung bringen. Für die Verlegung der Straßenbahnlinie 8 hat das Streben gesprochen, den öffentlichen Verkehr vom privaten Verkehr zu trennen, um dem öffentlichen Verkehr eine eigene Fahrbahn einzuräumen. Hinsichtlich einer Gefährdung von Kindern wäre dabei zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, auf einer besonders gefährlichen Strecke den **schienegebundenen Verkehr** von den Gehsteigen entsprechend abzuschränken. Die ÖVP wird dem Antrag ihre Zustimmung geben.

GR. Opravil (SPÖ) gab gleichfalls seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß ein neuralgischer Verkehrsknotenpunkt entschärft werden soll. Wie er ausführte, müssen 46 Prozent aller Berufstätigen dieses Bezirkes - mehr als 22.000 Menschen - Arbeitsstätten in anderen Bezirken aufsuchen, während mehr als 14.000 Arbeiter und Angestellte aus anderen Bezirken in Meidling ihrem Erwerb nachgehen. In dieser Zahl von rund 36.000 Menschen sind aber nicht jene enthalten, die mit ihrem Privatfahrzeug zur Arbeitsstätte gelangen. Wenn auch nicht alle diesen Verkehrsknotenpunkt berühren, so ist die Lobkowitzbrücke doch eine der am stärksten frequentierten Stellen. Der Umbau dieses Verkehrsknotenpunktes wird eine besondere Wohltat für jene Menschen sein, die zweimal täglich durch diese "hohle Gasse" ziehen müssen. Mit besonderer Genugtuung ist zu vermerken, daß in Zukunft beim Umsteigen die Fußgänger nicht mehr

gefährdet sein werden. Gemeinderat Opravil gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß im Zuge der Neugestaltung Wiens auch der Umbau der Kreuzung Philadelphiabrücke in Angriff genommen werden wird.

In seinem Schlußwort gab Stadtrat Heller seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß nicht nur die Diskussionsredner das vorgelegte Projekt positiv beurteilt haben, sondern daß im Gegensatz zu früher allgemein die Beurteilung der Verkehrsplanungen und Verkehrsbausergebnisse positiv und sachlich geworden ist. Die endgültige Führung der Straßenbahn wird noch vom Detailprojekt abhängen. Die Schwierigkeit beim Umbau der Philadelphiabrücke liegt darin, daß die endgültige Lage des späteren Bundesbahn-Bahnhofs Meidling noch nicht endgültig festgelegt ist. Trotzdem soll bereits in diesem Jahr die erste Etappe begonnen werden, nämlich der Bau einer Straßenbrücke im Zuge der Wienerbergstraße und der Rucker-gasse, die beim Umbau der Philadelphiabrücke die Aufrechterhaltung des Verkehrs ermöglichen soll.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schulverkehrsgarten im Wiener Prater

Über die Errichtung eines Schulverkehrsgartens im Prater referierte Stadtrat Heller (SPÖ). Es bestand schon lange die Absicht, betonte er, einen Schulverkehrsgarten zu errichten. Nun haben wir ein solches Grundstück auf dem Gelände des Vivariums an der Hauptallee gefunden. Der Referent ersuchte um die grundsätzliche Genehmigung des Projekts, damit mit den Vorarbeiten für die Durchführung begonnen werden kann.

GR. Maller (KLS) begrüßte die Initiative, einen solchen Schulverkehrsgarten zu errichten.

GR. Bolaffio (ÖVP) freut sich, daß ein Antrag seiner Partei nun verwirklicht werden soll. Er verweist darauf, daß im Jahre 1963 587 Kinder bei Verkehrsunfällen verletzt und zehn getötet wurden. In diesem Zusammenhang regt er wieder die Schaffung einer Schulwegpolizei an.

GR. Ascherl (SPÖ) verweist darauf, daß schon seit Jahren in den Schulen Verkehrsunterricht gegeben wird. In den neuen Lehrplänen ist sogar der Begriff Verkehrserziehung in den Lehrstoff aufgenommen worden. Im übrigen: Die Vorarbeiten für den Verkehrskindergarten wurden schon vor dem Antrag der ÖVP begonnen.

In seinem Schlußwort betont StR. Heller, daß dieser Verkehrs-kindergarten bereits fertig wäre, wenn die Stadt Wien das vorgesehene Grundstück im Schweizer Garten bekommen hätte. Deshalb erhebt sich immer wieder die Frage, wann wird endlich die Stadtverwaltung in die Lage versetzt werden, Grund und Boden zu erhalten. Dann wäre wahrscheinlich auch schon das Stadthallen-Bad fertig und das Schwimmbad am Ringelseeplatz.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Um zwei Schilling in den Lainzer Tiergarten

GR. Herbert Mayr (SPÖ) referierte über die Neufestsetzung der Eintrittsgebühren für den Besuch des Lainzer Tiergartens, der jährlich in der Regel vom Palmsonntag bis Oktober geöffnet ist. Zum letzten Mal wurde diese Eintrittsgebühr im Jahr 1952 geregelt. In der Zwischenzeit sind aber Löhne und Preise gestiegen und die Erhaltung und Ausgestaltung des Lainzer Tiergartens erfordert immer höhere Beträge. Um die entstehenden Kosten wenigstens teilweise decken zu können, ist die Neuregelung der Gebühren unerläßlich. Bei dieser Regelung sollen jedoch soziale Härten für finanziell schwächere Besucher vermieden werden, so insbesondere für Kinder, für kinderreiche Familien, für Dauerbesucher des Tiergartens und für Rentner und Invalide. Auf Wunsch des Bürgermeisters wurde der vorliegende Antrag so abgeändert, daß die Saisonkarte für Erwachsene nicht wie ursprünglich vorgesehen 60 Schilling, sondern nur 50 Schilling kosten soll. Die neuen Eintrittsgebühren werden demnach wie folgt festgesetzt: Erwachsene zahlen zwei Schilling, Schüler, Jugendliche von sechs bis 18 Jahren, Militär, Rentner und Invalide mit Ausweis einen Schilling, eine Saisonkarte für Erwachsene kostet 50 Schilling und für Schüler, Jugendliche von sechs bis 18 Jahren, Militär, Rentner und Invalide mit Ausweis 25 Schilling. Für Kinder unter sechs Jahren ist der Eintritt frei.

GR. Hausner (KLS) lehnte die Erhöhung der Eintrittspreise mit der Begründung ab, daß der Lainzer Tiergarten zum Erholungsgebiet unserer Stadt gehört und daß es ungerechtfertigt ist, sozusagen das Luftschöpfen der Wiener zu verteuern. Wenn von einer Teuerung als Ursache für die Erhöhung gesprochen wurde, dann muß

man sagen, daß diese Teuerungswelle von den Koalitionsparteien des Rathauses und des Parlaments ausgelöst wurde. Man verursacht also zuerst die Teuerung und nimmt sie dann noch als Ursache für weitere Preissteigerungen. Der Wiener Gemeinderat müßte nach Ansicht des Redners vielmehr den Beschluß fassen, den Lainzer Tiergarten ohne Einhebung einer Gebühr zugänglich zu machen. Die 180.000 Schilling, die 1963 an Eintrittsgebühr eingehoben wurden, sind, gemessen an den Gemeindefinanzen, eine Kleinigkeit und könnten sicherlich auf einem anderem Gebiete eingespart werden. Seine Fraktion werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Kabesch (ÖVP) verwies auf eine Formulierung des Antrages, die zu Unklarheiten führen könnte. So wird von Rentnern gesprochen und man weiß nun nicht, ob hier tatsächlich nur die Rentner, die es nach dem ASVG noch gibt, gemeint sind, oder auch jene Pensionisten, die früher als Rentner bezeichnet wurden. Er bat zu überlegen, ob man nicht "Rentner und Pensionisten" anführen sollte.

GR. Marek (SPÖ) erklärte, er gehöre selber zu jenem Kreis der Wiener, die den Lainzer Tiergarten als Naturschutzgebiet von einmaliger Schönheit hinsichtlich Baum- und Tierbestand lieben. Es sei ein Verdienst von Bürgermeister Körner gewesen, daß der Lainzer Tiergarten nach 1945, als große Teile der Tiergartenmauer zerstört waren, es Panzersperren gab und der Wald- und Tierbestand schwer gelitten hatte, wieder trotz aller Schwierigkeiten als Erholungsgebiet erhalten wurde. Damals haben die Kommunisten beantragt, die Tiergartenmauer gänzlich zu entfernen und einen Kultur- und Vergnügungspark zu schaffen und ähnliches mehr. Es war im Hinblick auf die Besatzungsmacht nicht leicht, diesen Wünschen zu widersprechen. Wäre diesem Antrag entsprochen worden, gäbe es heute kaum mehr den herrlichen Baumbestand und Teile des Tiergartens wären sicherlich Siedlungsgebiet geworden. Der Lainzer Tiergarten hat aber auch heute einen Schirmherrn, nämlich Bürgermeister Jonas. Es wurden auf seine Initiative neue Wege angelegt, Unterstände geschaffen, Bänke und Papierkörbe aufgestellt und für Raststätten gesorgt. Die Stadtverwaltung ist ständig bemüht, diesen herrlichen Naturpark zu schützen und für unsere Bevölkerung zu erhalten. Leider muß man nach Besuchstagen aber immer wieder feststellen, daß manche Besucher den Tiergarten sehr verunreinigen.

Man muß daher nicht nur die Kinder, sondern auch die Erwachsenen bitten, der Natur mehr Achtung entgegenzubringen.

Ein Verdienst der Gemeindeverwaltung ist auch die Erhaltung der Hermes-Villa. Es ist zu hoffen, daß man bald zu einem Beschluß über ihre Verwendung kommt.

Abschließend stellte der Redner fest, daß seit 1952, dem Zeitpunkt der letzten Preisregulierung, viel für die Ausgestaltung des Lainzer Tiergartens getan wurde und die Preiserhöhung daher gerechtfertigt sei. Die Erhöhung sei eine Notwendigkeit und man muß daher auch den Mut haben, sie zu vertreten.

GR. Mayr stellte in seinem Schlußwort fest, daß man von den Vertretern der KLS keine andere Stellungnahme erwartet habe. Es steht fest, daß die Gebühr die eingehoben wird, oft nicht einmal für die Wegräumung des Unrates nach den Besuchstagen ausreichend ist. Die Anregung des GR. Kabesch griff der Referent auf und beantragte den Text so zu ergänzen: "Rentner und Pensionisten mit Ausgleichszulage", denn es wäre ungerechtfertigt nur das Wort Pensionist aufzunehmen, da es Pensionisten mit 5.000 Schilling monatlich und mehr gibt.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Invest-Kredite für Stadtwerke

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legte sodann den Antrag vor, für den ungedeckten Investitionsaufwand der Wiener Stadtwerke für 1964 in der Höhe von 212,800.000 vorzusorgen. Auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich bei den Stadtwerken ergeben hat, aber auch durch Belastungen auf dem Personalsektor, die durch gemeinsame Regelungen für den Bund, die Länder und die Gemeinden entstanden sind, ist die Situation noch etwas schwieriger geworden, als ursprünglich angenommen war, und es ist daher notwendig, den Investitionsaufwand teilweise durch Kredite zu decken. Es handelt sich insgesamt um einen Betrag von 212,800.000 Schilling. Es wurde den Stadtwerken zugesagt, daß sich die Stadtverwaltung bemühen wird, bis Ende März 100 Millionen zur Verfügung zu stellen. Die Gespräche, die in der Zwischenzeit mit den verschiedenen Kreditinstituten geführt wurden, haben nun die Möglichkeit eröffnet, Kredite im Ausmaß von vorläufig 200 Millionen Schilling aufzunehmen.

Es wird noch zu überlegen sein, ob die Kredite bis zum Ende dieses Jahres bei 6 1/4prozentiger Verzinsung, oder mit einer Laufzeit von drei Jahren mit 6 1/2prozentiger Verzinsung aufzunehmen sind. Damit dürfte eine empfehlenswerte Finanzierungsmöglichkeit gefunden worden sein. Die Wiener Stadtwerke werden in Zukunft einen noch größeren Geldbedarf haben, weil die Absicht besteht, wieder ein langfristiges Investitionsprogramm durchzuführen.

Mit dem vorliegenden Antrag soll der Magistrat ermächtigt werden, zur Bestreitung des im Wirtschaftsplan für 1964 der Wiener Stadtwerke ausgewiesenen ungedeckten Investitionsaufwandes in der Höhe von 212,800.000 Schilling Kredite unter den im Magistratsbericht genannten Bedingungen aufzunehmen und an die Wiener Stadtwerke weiterzugeben.

GR. Lauscher (KLS) nimmt zunächst noch zum vorhergegangenen Punkt der Tagesordnung (Lainzer Tiergarten) Stellung. Er erklärt, ihm sei absolut nichts darüber bekannt, daß seine Partei einmal die Schleifung der Tiergartenmauern und die Umwandlung des Tiergartens in einen Vergnügungspark verlangt habe. Er bezweifle, daß jemals so ein Antrag vorgelegen sei. Seine Fraktion unterstütze alle Maßnahmen der Stadt Wien, die zur Erhaltung des Lainzer Tiergartens als Naturschutzgebiet getroffen werden. Zur Frage der Eintrittspreise weist GR. Lauscher darauf hin, daß der Bund für den Besuch des Schönbrunner Parks und der übrigen Bundesgärten keinen Eintritt verlange, die Gemeinde Wien jedoch sehr wohl für den Besuch des Lainzer Tiergartens.

Zum vorliegenden Antrag über die Kreditaufnahme für die Stadtwerke stellt GR. Lauscher fest, daß dies im krassen Widerspruch zu der Schönfärberei stehe, die die Rathaus-Koalition über die Entwicklung der Stadtwerke betreibe. Noch im Dezember vergangenen Jahres habe Stadtrat Schwaiger eine günstige Entwicklung der Stadtwerke vorausgesagt. Jetzt aber müsse die Stadt Wien wieder zu Kreditinstituten bitten und betteln gehen. Dies sei umso ungünstiger, als die Banken jetzt keine langfristigen Kredite, sondern nur Überbrückungskredite zu sechseinviertel Prozent gewährt haben. Wer könne garantieren, daß diese Überbrückung nicht durch andere Kredite weiter überbrückt werden müßte.

An Vizebürgermeister Slavik richtet GR. Lauscher die Frage, ob die sogenannte Rathaus-Milliarde überhaupt noch da sein, und wenn ja, wie hoch diese Rücklage gegenwärtig sei. Sollte sie wesentlich eingeschmolzen sein, erhebe sich weiter die Frage, warum dann dem Notopfer an den Bund zugestimmt wurde. Ferner sei zu fragen, warum die Stadtwerke immer wieder schlechter behandelt werden als zum Beispiel Hoteliers und Restaurant-Besitzer, die zinsfreie Kredite bekommen. Er müsse feststellen, daß die Finanzpolitik der Gemeinde Wien die Stadtwerke und damit auch die Wiener Bevölkerung schädige. So ungünstig die Kreditbedingungen auch seien, müsse seine Fraktion dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben, damit die dringend notwendigen Investitionen bei den Stadtwerken zeitgerecht durchgeführt werden können.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) betont im Schlußwort, daß GR. Lauscher anscheinend nicht die Finanzierungsarten verstehe, die bei uns angewendet werden. Es werde wohl nie gelingen, GR. Lauscher in die Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik überhaupt einzuweißen.

Zur Frage der Rücklagen: Hätte GR. Lauscher den letzten Wirtschaftsbericht gelesen, wüßte er, daß eine Rücklage besteht, und zwar betrage sie derzeit 738 Millionen Schilling. Der Kassenstand, der nicht mit der Rücklage identisch ist, beträgt gegenwärtig etwas mehr als eine Milliarde.

Überbrückungskredite: Niemand gehe zu den Banken bitten und betteln. Im übrigen könnte man auch längerfristige Kredite bekommen, diese seien jedoch im Augenblick wirtschaftlich nicht günstig. Im Vorjahr habe Amerika zum Beispiel Kredite mit $4 \frac{3}{4}$ prozentiger Verzinsung gewährt, inzwischen aber sei in den USA eine Ausgleichssteuer von zwei Prozent für Auslandskredite eingeführt worden. Der Zinsfuß in Österreich sei gegenüber anderen Staaten auf jeden Fall günstiger.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Startschuß für den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) stellt fest, er sei heute in der Lage, einen Antrag vorzulegen, der die gesamte Bevölkerung Wiens seit Jahren brennend interessiert. Es handle sich dabei um den Beginn des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses.

Der Antrag sieht die Errichtung einer Schwesternschule, einer provisorischen Apotheke, eines Internats, zweier Personalwohnhäuser einschließlich des Inventars und der Einrichtungsgegenstände sowie von überdachten Einstellplätzen für 135 PKWs vor. Die beiden Personalwohnhäuser werden je ein Kellergeschoß, ein Erdgeschoß und 17 Obergeschosse haben und je 350 Wohnungen Platz bieten. Im ersten und zweiten Obergeschoß werden Hörsäle, Kursräume, Laboratorien sowie die Krankenpflegeschule untergebracht sein. Das dritte Obergeschoß wird eine Krankenabteilung aufnehmen, im 4. bis 15. Stock werden die insgesamt 700 Wohnräume untergebracht sein. Das letzte Stockwerk ist für die Techniker vorgesehen. Der umbaute Raum beträgt 175.000 Kubikmeter. Der Gesamtkostenaufwand wird voraussichtlich rund 340 Millionen Schilling betragen. Von dieser Summe entfallen 50 Prozent, das sind 170 Millionen Schilling, auf die Stadt Wien. Als erste Bau-rate für das Jahr 1964 sind 63 Millionen Schilling vorgesehen, wobei 31,5 Millionen Schilling von der Stadt Wien getragen werden.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stimmt diesem Projekt zu. Die bisherigen Schwierigkeiten lagen nicht auf finanzieller Seite, auch der Grund war vorhanden, es lag an der Planung, die schon als Überplanung bezeichnet werden muß, die auch mit manchem Gezänk erfüllt war, mit Rechthaberei und falsch verstandenem Lokalpatriotismus. So wurde der Beginn des Baues ungebührlich verzögert. Nun ist aber der Startschuß gefallen, wir beschließen heute das erste Teilprojekt. Vielleicht ist die Reihenfolge nicht sehr populär, aber sie ist verständlich und zweifellos auch notwendig. Es müssen zuerst alle diese Einrichtungen für den Patienten vorhanden sein, bis das Bettenhaus geschaffen werden kann. Wir geben freudig unsere Zustimmung und hoffen, daß auch in den nächsten Jahren das nötige Geld vorhanden sein wird, damit zügig und ohne Verzögerung gebaut werden kann. Abschließend wandte sich der Gemeinderat gegen das Fernsehinterview eines Beamten, das den Eindruck vermitteln konnte, daß die Zustimmung des Gemeinderates lediglich eine Formsache sei. Man könne nicht im Fernsehen so tun, als ob die Zustimmung des Gemeinderates mehr oder weniger ein notwendiges Übel wäre.

GR. Nimmerrichter (SPÖ) erklärte, daß der Bau der Schwesternschule und der Personalwohnhäuser das Abwandern von Kranken-

schwwestern hintanhaltend werde und im Gegenteil einen Zuzug aus den Bundesländern erwarten lasse. Mit der Schaffung von Wohngebäuden für Schwestern wird das vielversprechend begonnene Programm erfolgreich zu Ende geführt.

Die Bevölkerung von Wien nimmt den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses mit Befriedigung zur Kenntnis. Wenn in der Presse und im Fernsehen kritisiert wird, dann muß man dem entgegenhalten, daß man nicht gleich mit dem Bau des Bettenhauses beginnen kann, sondern zuerst die Schwesternschule und die dazugehörigen Diensträume erbauen muß. Auch muß festgehalten werden, daß das ja nicht der Beginn des Neubaus ist, denn dieser wurde bereits im Jahre 1962 mit der Neugestaltung der II. Chirurgie und der I. Frauenklinik begonnen. Alle diese Maßnahmen werden dazu beitragen, den Personalstand in den Krankenhäusern der Stadt Wien zu normalisieren.

In seinem Schlußwort stimmte Stadtrat Dr. Glück dem GR. Dr. Schmidt zu, daß es angenehm gewesen wäre, mit allen Bauabschnitten zu beginnen, aber die Arbeitsgemeinschaft der Architekten hat das zusammen mit dem Professorenkollegium so festgelegt. Auch darin stimmt der Referent mit dem Redner überein, daß der Beamte bei dem Fernsehinterview einen Fehler beging, indem er die Zustimmung des Gemeinderates gewissermaßen vorwegnahm.

Der Stadtrat legte dann einen Zeitplan vor. Der nun behandelte erste Bauabschnitt, der den Bau der Schwesternhäuser usw. vorsieht, wird wohl zweieinhalb Jahre dauern. Der zweite Bauabschnitt, der unter anderem den Neubau der Kinderklinik und der Psychiatrischen Klinik umfaßt, wird im kommenden Jahr begonnen und, wenn alles programmgemäß verläuft, im Jahre 1967 vollendet werden können. 1968 werden die Abbrucharbeiten an der Klinik Hoff vorgenommen werden. Mit dem dritten Bauabschnitt, dem Bau des Bettenhauses und der Untersuchungs- und Behandlungsabteilungen, wird erst im Jahre 1968 begonnen werden können. Da hierfür eine fünf- bis sechsjährige Bauzeit erforderlich sein wird, ist mit der Fertigstellung dieses gigantischen Projekts ungefähr 1975 zu rechnen.

Es wird immer wieder die Dauer der Planung kritisiert. Aber in Architektenkreisen ist man der Meinung: Je länger die Planung, desto kürzer die Bauzeit!

Hoffen wir, daß das auch hier zutrifft. Im Vergleich zu anderen Großstädten mit gleich gigantischen Bauvorhaben schneiden wir noch immer relativ gut ab. In München zum Beispiel plant man bereits seit dem Jahre 1953 und ist noch nicht so weit wie wir.

Der heute zu beschließende Neubau ist für unsere Stadt von ganz besonderer Bedeutung. Es handelt sich nicht nur um ein Krankenhaus, sondern auch um eine Unterrichts- und vor allem um eine Forschungsstätte. Die Zahlen zeigen, welche Bedeutung dem Krankenhaus zukommt: Im vorigen Jahr zum Beispiel beliefen sich die Gesamtaufnahmen auf mehr als 45.000 Personen. Allein in diesem einen Jahr wurden in dieser Anstalt 85.000 Operationen durchgeführt.

Abschließend gab Stadtrat.Dr. Glück der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten zügig voranschreiten werden, und versicherte, daß er und seine Verwaltungsgruppe alles Nötige tun werden.

Der Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

Sodann beantragte Stadtrat Dr. Glück, für die Baukosten zur Errichtung einer Betatron-Bestrahlungsanlage im Zentralröntgeninstitut des Allgemeinen Krankenhauses einen Betrag von zwei Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) führte aus: Unter dem Titel "Dreißig Millionen für ein Spital, das abgerissen werden soll" und ähnlichen Schlagzeilen beschäftigt sich die Presse mit den Investitionen im Allgemeinen Krankenhaus. Die Verfasser dieser Artikel übersehen aber sehr häufig, daß diese Gelder auch in die sogenannten Neuen Kliniken investiert werden, die vor weniger als 60 Jahren gebaut wurden und wahrscheinlich noch zwei oder drei Generationen in Betrieb sein werden.

Der Redner erinnerte daran, daß bereits vor mehr als 30 Jahren im Lainzer Krankenhaus eine Strahlentherapie-Abteilung geschaffen wurde - ziemlich die erste in Europa -, die so gut geplant war, daß sie mit entsprechenden Adaptierungen auch heute noch zweckmäßig ist. Dagegen war das Zentralröntgeninstitut der Universitätskliniken - damals noch eine Fondsanstalt - schon seit seiner Gründung stiefmütterlich bedacht. Seit 1945 ist hier sehr vieles geschehen; trotzdem ist dieses Institut keine Strahlentherapie-station, denn sie besitzt keine Bettenstation. Vor einigen Jahren konnte nun sowohl für die Lainzer Strahlentherapie-Abteilung

als auch für das Zentralröntgeninstitut moderne Therapieapparate angeschafft werden. Nunmehr soll die Strahlentherapie weiter ausgebaut werden. Die Betatron-Bestrahlungsapparate gestatten es noch mehr, die Strahlen sehr exakt auf ein tiefliegendes Organ heranzubringen und dort festzuhalten. Sie treten nicht mehr durch den Organismus durch. Sie sind das derzeit am besten geeignete Instrumentarium. Nun könnten manche Zeitungen wieder die Meinung vertreten, man werfe neuerlich zwei Millionen am ungeeigneten Ort hinaus, man könnte dieses Gebäude im Bereich des Neuen Allgemeinen Krankenhauses errichten. Das ging aber aus verschiedenen Gründen nicht. Bedenkt man außerdem, daß dieses Betatron zehn bis zwölf Jahre hindurch als Therapeutikum verwendet werden wird, dann sinkt die Amortisationsrate auf ein erträgliches Ausmaß. Der Redner gab aber schließlich zu bedenken, daß die Patienten aus anderen Krankenhäusern zur Bestrahlung kommen und vor und nach der Behandlung lange warten müssen und regte an, doch zu versuchen, für diese Patienten einen entsprechenden Aufenthaltsraum zu schaffen.

Wir sind in Wien sehr stolz darauf, daß künftig in zwei Stationen auch Leidende behandelt werden können, bei denen bisher wenig Aussicht auf völlige Genesung bestand.

Stadtrat Dr. Glück versicherte, im Schlußwort daß die Frage der Schaffung eines Aufenthaltsraumes geprüft werden wird. Auch er sprach sich gegen Zeitungsmeldungen der genannten Art aus, weil auch im alten Haus den Erfordernissen der modernen Medizin Rechnung getragen werden muß. Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Wieder Architekten-Wettbewerbe

Stadtrat Heller (SPÖ) referierte über eine städtische Wohnhausanlage im 19. Bezirk, Görgengasse-Weinberggasse mit 78 Wohnungen. Der Referent betonte jedoch, daß der vorliegende Akt nur einer von vielen sei. Insgesamt liegen dem Gemeinderat heute Anträge auf Errichtung von 1.092 Wohnungen vor.

GR. Lust (ÖVP) spricht zu diesem Antrag über das Thema Architekten-Wettbewerbe. Er habe schon wiederholt die Ausschreibung von städtebaulichen und baukünstlerischen Wettbewerben verlangt. Beim Bund und auch bei anderen Gebietskörperschaften werden

für alle größeren Bauvorhaben Wettbewerbe veranstaltet. Auch im Ausland ist es so. Der Redner stellt daher einen Antrag "ehestens die Frage der Architektur-Wettbewerbe und auch solcher, die zur Lösung von Sonderaufgaben zweckmäßig erscheinen, im Einvernehmen mit der Ingenieurkammer zu prüfen und Vorsorge zu treffen, daß in kürzester Frist Wettbewerbe auf den Gebieten der Baukunst des Städtebaues, der Landesplanung und sonstiger Spezialgebiete zur Ausschreibung gelangen." - Er bemerkte dazu, daß eine echte Zusammenarbeit des weisungsgebundenen Beamten und des unabhängigen Technikers einen gewaltigen Fortschritt in der Baugesinnung bringen würde.

Stadtrat Heller betont im Schlußwort zunächst, daß er noch niemals einen weisungsgebundenen Beamten einen Auftrag gegeben habe, in welcher Form er irgendein Problem zu lösen hätte. Er stellt ferner ausdrücklich fest, daß ein Großteil der Forderungen des Debattenredners schon seit Jahren erfüllt ist. Zivilingenieure sind in großer Zahl bei Bauvorhaben der Stadt beschäftigt.

Was die Wettbewerbe betrifft, so hat sich gezeigt, daß sie sehr teuer sind, nämlich durch die Verzögerung des Baubeginns. Der Referent erinnert dabei an das Allgemeine Krankenhaus, an die Sanierung des Blutgassenviertels und an die Per Albin Hansson-Siedlung-Nord. Trotzdem sollen in nächster Zeit wieder Wettbewerbe ausgeschrieben werden, so für ein Bezirkszentrum in Kagran und ein Grundriß-Wettbewerb. Der Antrag der ÖVP wäre also nicht notwendig gewesen, um uns "auf die Beine zu helfen".

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP wird einstimmig zugewiesen.

Kursalon als Anziehungspunkt für die Fremden

GR. Planek (SPÖ) referiert über eine Sachkrediterhöhung für den Umbau des Kursalons, um 3,1 Millionen auf 19,6 Millionen. Auf Wunsch des Pächters soll auch der obere Saal ausgebaut werden. Seit der Eröffnung hat sich erwiesen, daß für den Kursalon eine große Nachfrage besteht, der Bedarf ist daher gegeben.

GR. Hausner (KLS) vertrat die Meinung, daß es für eine Stadtverwaltung wichtigere Aufgaben gibt, als Gaststätten zu errichten oder instandzusetzen.

Es werden nicht nur die finanziellen Mittel, die man anderswo notwendiger brauchen würde, beansprucht, sondern auch die Baukapazität unnötig belastet. Dabei ist der Kursalon weder unter Denkmalschutz noch von historischer Bedeutung. Viele wichtige Bauvorhaben unserer Stadt werden auf die Warteliste gesetzt, den Bau von Gaststätten aber forciert man. Die KLS werde daher den vorliegenden Antrag ablehnen.

GR. Böhm (FPÖ) verwies darauf, daß bereits 1963 eine 50prozentige Erhöhung der Baukosten beschlossen wurde. Damals sprach man von unangenehmen Überraschungen, von Zeitschäden, die man vor Inangriffnahme des Umbaues nicht voraussehen konnte, usw. Nun liegt abermals ein Antrag auf Erhöhung vor. Bei einer sorgfältigeren Bau- und vorausschauenden Finanzplanung hätte man derartige Erhöhungen sicherlich vermeiden können. Oder hat man die Kosten ursprünglich niedrig angesetzt, um die Bevölkerung nicht über ihre tatsächliche Höhe informieren zu müssen? Die Argumentation, daß sich während des Bauens oft erst herausstellt, daß noch viele zusätzlich nicht vorhergesehene Arbeiten notwendig sind, sei zu billig für das Forum des Wiener Gemeinderates. Man sollte endlich zugeben, daß die hundertprozentige Überschreitung der Kosten auf mangelnde Planung zurückzuführen ist. Seine Fraktion hoffe jedoch, daß es zu keiner dritten Nachtragskreditgenehmigung kommt und aus dieser Hoffnung heraus werde sie dem Antrag die Zustimmung erteilen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) erklärte, man müßte die Dinge leidenschaftsloser und sachlicher betrachten. Die Stadtverwaltung hat keinesfalls die Kosten aus "Angst" vor der Bevölkerung niedriger als notwendig veranschlagt. Schließlich hat gerade darüber, ob der Kursalon instandgesetzt oder abgetragen werden soll, eine Pressebefragung stattgefunden und ein Großteil der Wiener war für sein Weiterbestehen. GR. Jodlbauer stellte fest, daß er selbst anfänglich gegen die Erhaltung des Kursalons war, seine Meinung inzwischen aus verschiedenen Gründen geändert habe. Wien ist schließlich eine Fremdenverkehrsstadt geworden und die Ausländer, die hierher kommen, suchen in Wien alte und historische, daneben natürlich auch die neuen Bauwerke. In nächster Nähe des Kursalons ist ein modernes Hotel gebaut worden, das aber leider genauso phantasielos aussieht, wie viele andere Hotels auf der ganzen Welt.

Es werden viele Ausländer in diesem Hotel wohnen, die sicherlich den Stadtpark und den Kursalon besuchen werden. Wie es zu der Kostenerhöhung gekommen ist, wurde bereits bei der seinerzeitigen Überschreitung aufgezeigt. Der erste Kostenvoranschlag mußte zu einer Zeit erstellt werden, als der Kursalon noch im Betrieb war. Erst nach Inangriffnahme der Arbeiten hat sich gezeigt, wie schlecht der Bauzustand des Gebäudes war. Es wird kaum ein anderes Gebäude in den letzten 50 bis 60 Jahren in derart schlechter Bauweise errichtet worden sein. Es wurde auf einem Schüttgrund gebaut und die Fundamente waren vollkommen unzureichend. Die heutige Überschreitung beruht zu einem Teil auf den während der Bauzeit aufgetretenen Lohn- und Preiserhöhungen, zum anderen Teil auf dem bisher nicht vorgesehenen Ausbau eines Saales im ersten Stock. Dieser Saal wurde bisher nur als Möbeldepot verwendet und selbst der Pächter hat ursprünglich nicht daran gedacht, ihn zu adaptieren und den Gästen zugänglich zu machen. Jetzt ist jedoch unter der großen Terrasse zum Stadtpark hin ein Raum entstanden, der nach Ausbau als Möbeldepot verwendet werden kann. Der große Saal wird dadurch also frei und soll nun instandgesetzt werden, da man durch das neue Hotel für den Kursalon eine größere Frequentierung erwartet. Die Kostenerhöhung ist also keinesfalls auf eine falsche Planung zurückzuführen. Wenn der Kursalon fertig sein wird, werden sicherlich alle einer Meinung sein, daß der Gemeinderat hier richtig gehandelt hat. Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung wissen genau, wieviele dringende Aufgaben noch zu lösen sind. Aber man kann schließlich nicht nur immer davon reden, wie ideal es ist, daß unser Außenhandelspassivum durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr gedeckt werden kann. Wir müssen schließlich auch Gegenleistungen für diese Fremden vollbringen.

GR. Planek stellt im Schlußwort fest, daß es die Stadtverwaltung immer als ihre vornehmste Aufgabe erachtet hat, für die ärmsten der Armen und für die Bedürftigen unserer Stadt zu sorgen. Wir würden aber einen Grundsatz verletzen, wenn wir meinen, die soziale Hilfe beschränke sich nur auf die Einrichtungen, wie Kindergärten, Horte, Schulen, Wohnungen usw. Haben wir nicht auch die große Aufgabe für eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu sorgen und die Wirtschaft unserer Stadt anzukurbeln. Immer hat sich die Mehrheit dieses Hauses auf den Standpunkt gestellt, der gesamten Bevölkerung dieser

Stadt zu helfen. Das hat sie auch durch alle ihre Aktionen bewiesen. Darüber hinaus haben wir den Werbeslogan geprägt "Wien hat immer Saison". Selbstverständlich muß man daher auch für die entsprechenden Fremdenverkehrseinrichtungen sorgen. Beim Kursalon hat auch der Pächter einen großen Beitrag geleistet. Er hat selbst 2 1/2 Millionen Schilling in dieses Haus investiert, um es schöner zu gestalten. Die Stadt Wien wird aber an dieser Ausgestaltung partizipieren, weil wir den entsprechenden Pachtschilling hereinbekommen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Erhaltung der Altstadt

Berichterstatter GR. Planek (SPÖ) stellt sodann den Antrag, den Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Singerstraße, Seilerstätte, Krugerstraße und Kärntner Straße im ersten Bezirk zu ändern, um dieses Stadtviertel in seinem Bestand zu erhalten. Der Berichterstatter verweist darauf, daß es sich dabei um ein historisch und bautechnisch äußerst interessantes Altstadtviertel handelt, in dem es zahlreiche denkmalgeschützte Alt-Wiener Bürgerhäuser, Adelspaläste und Klosterhöfe von hohem kulturellem und künstlerischem Wert gibt. Das Kernstück im nördlichen Teil dieses Gebietes bildet der Franziskanerplatz mit der aus dem 17. Jahrhundert stammenden Klosterkirche des Franziskanerordens. Die malerische Ballgasse, die mit einem Bogendurchgang in den Franziskanerplatz mündet, ist besonders charakteristisch für das alte Wien. Der Berichterstatter betont, daß der Erhaltung dieses Altstadtteiles im städtebaulichen Grundkonzept große Bedeutung beigemessen wird.

In der Debatte unterstreicht GR. Ing. Lust (ÖVP) die Wichtigkeit dieses Antrages und stellt fest, daß ein weiterer Antrag, der die Änderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wallnerstraße, Strauchgasse, Tiefer Graben, Am Gestade, Wipplingerstraße, Tuchlauben und Kohlmarkt vorsieht, bereits ohne Debatte genehmigt wurde. GR. Ing. Lust weist dabei auf die Fülle architektonischer Schönheiten aus dem 16. und 17. Jahrhundert hin, die diesen Stadtteilen ihren Stempel aufdrücken und einen großen Anziehungspunkt vor allem für die Besucher aus dem Ausland darstellen.

Er bezeichnet es als eine verdienstvolle Aufgabe der Stadtplanung, die Grundlagen für die Erhaltung dieser Stadtviertel zu schaffen.

Mit der Genehmigung der vorliegenden Anträge seien jedoch nur die Voraussetzungen für die Erhaltung des Altstadtbildes geschaffen worden. Große Aufgaben auf diesem Gebiet stünden noch bevor. So müßte zum Beispiel eine Koordinierungsstelle zur Erhaltung der historisch und baulich interessanten Gebäude ins Leben gerufen werden. Die Gemeinde Wien habe erfreulicherweise bereits eine Aktion zur Instandsetzung bauhistorisch bedeutsamer Hausfassaden eingeleitet. Zur Durchführung dieser Aktion soll das Bundesdenkmalamt finanzielle Unterstützung leisten. Leider aber sind diese Beihilfen äußerst gering. Daher müßten sich die Dienststellen des Bundes endlich bewußt werden, daß auch der Bund viel mehr für die Erhaltung des historischen Erbes unserer Stadt leisten müßte.

Es komme darauf an, den Gesamtbestand der denkmalgeschützten Gebäude dauernd zu erhalten. Zu diesem Zweck wäre eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Gemeinde und Hauseigentümern im Rahmen der erwähnten Koordinierungsstelle notwendig. Aber auch damit wäre noch nicht alles getan, denn ein sehr schwieriges Problem harret noch immer der Lösung: das Problem der Motorisierung, das schwer auf unserer Innenstadt lastet. Dabei handelt es sich jedoch anscheinend um ein heißes Eisen, das niemand anrühren will. Zur Lösung dieses Problems müßte man einmal versuchen, die Frage "Verkehr in der Innenstadt" aus dem Bereich der Behörden herauszunehmen und einen Wettbewerb für freischaffende Techniker und Architekten auszuschreiben. Damit bekäme man sicherlich eine Reihe von Lösungsvorschlägen, von denen der günstigste in die Tat umgesetzt werden könnte. Jedenfalls sei eine engere Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den freischaffenden Architekten und Ingenieuren auf diesem Gebiet notwendig.

Abschließend betont GR. Ing. Lust, daß seine Fraktion dem Antrag nicht nur gerne ihre Zustimmung gebe, sondern auch alles zur Erfüllung dieses Antrages tun werde.

Im Schlußwort dankt Berichterstatter GR. Planek dem Debattenredner für seine Ausführungen, meint jedoch, daß man mit einer Koordinierungsstelle allein die Probleme kaum lösen könnte. Die alten Stadtteile müßten nämlich nicht nur erhalten, sondern auch saniert werden. Als Beispiel für eine solche Lösung verweist

GR. Planek auf die Sanierung des Blutgassenviertels. Viel besser als eine Koordinierungsstelle könnte etwa ein Verein die Probleme mit Hilfe des Bundes und der Gemeinde lösen. Vielleicht gelinge die Gründung eines Vereines "Erhaltet die Altstadt"!.. Es sei jedoch zu betonen, daß der Bund seinen Verpflichtungen bis jetzt noch nicht nachgekommen sei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Grundwasserwerk Lobau - Baubeginn!

Stadtrat Koci (SPÖ) stellt sodann ein Antrag, nach dessen Genehmigung mit dem Bau des Grundwasserwerkes Lobau begonnen werden kann. Der Stadtrat gibt zunächst einen Überblick über die umfangreichen Vorarbeiten, die bereits geleistet wurden. So wurde zunächst das gesamte Gebiet in der Lobau zum Trinkwasserschutzgebiet erklärt. Sodann wurden Großpumpversuche durchgeführt. Im Oktober 1961 wurde das generelle Projekt der Obersten Wasserrechtsbehörde eingereicht. Nachdem die Ergebnisse der Großpumpversuche günstig ausgefallen waren, genehmigte die Wasserrechtsbehörde am 28. Jänner 1964 die Durchführung des gesamten Projekts. Nach dieser Genehmigung wurden die Bauvorhaben sofort öffentlich ausgeschrieben. In diesem Zusammenhang dankte Stadtrat Koci allen Beamten, in erster Linie Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller und den Mitarbeitern des Wasserwerkes für ihre rasche Arbeit.

Im Zusammenhang mit dem gesamten Projekt ist die Verlegung verschiedener großer Transportleitungen im Stadtbereich erforderlich. Da diese Arbeiten mehr Zeit in Anspruch nehmen, wurden inzwischen bereits einige Rohrstränge verlegt. Nunmehr soll in der Lobau zunächst ein Behälter mit 30.000 Kubikmeter Inhalt und die Zuleitungen von den bereits vorhandenen Brunnen zu den Behältern verlegt werden. Ferner wird der Bau eines Hebewerks, einer zehn Kilometer langen Transportleitung und einer 3,3 Kilometer langen Rohrleitung bis zum Abschluß an das Stadtrohrnetz in Angriff genommen werden.

Stadtrat Koci stellte sodann die Anträge, den vom Gemeinderat am 30. Juni 1961 genehmigten Kredit von 140 Millionen auf 217 Millionen Schilling und die für 1964 vorgesehene Baurate von 20 Millionen auf 70 Millionen Schilling zu erhöhen. Für die Erd- und Baumeisterarbeiten sind 37,045.000 Schilling, für Rohrlegungen

10,240.000 Schilling und für die Lieferung von Rohren 36 Millionen Schilling vorgesehen.

GR. Maller (KLS) begrüßte es, daß der Bau des Grundwasserwerkes forciert wird, bezeichnete es aber als bedenklich, daß die Österreichische Mineralölverwaltung Einspruch erhoben hat. Er bat, dem Stadtrat mitzuteilen, ob er der Wiener Bevölkerung zusichern kann, daß keinerlei Gefahr beim Lobauer Trinkwasser besteht, ob er diesbezügliche Überprüfungen und Untersuchungen durchführen ließ und zu welchem Ergebnis die Fachleute gekommen sind. Es erhebe sich auch die Frage, ob der Querschuß der ÖMV, die unter der Führung der ÖVP steht, etwa aus politischen Gründen erfolgte. Uns kommt es darauf an, schloß GR. Maller, daß für die Wiener Bevölkerung keinerlei Gefahr besteht und daß die notwendigen Aufwendungen dann nicht verpulvert sind.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) erklärte: Es steht außer Zweifel, daß das Grundwasserwerk Lobau eine Wasser-Lebensader für unsere Stadt Wien ist. Es muß die Überbrückung darstellen, bis wir in der Lage sind, die dritte Trinkwasserleitung nach Wien zu leiten. Es ist anzunehmen, daß der Termin für die Fertigstellung des Grundwasserwerkes - Dezember 1965 - endgültig ist, ja es ist zu hoffen, daß das Wasserwerk früher fertig sein wird. Nicht jeder hat so ein einwandfreies Wasser wie Wien. Aus einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation geht hervor, daß nur ungefähr fünf Prozent der Asiaten einwandfreies Wasser trinken, sodaß für Seuchen Tür und Tor offen ist. Auch in Europa und in Amerika ist mit Virus-Epidemien zu rechnen.

Der Redner erklärte weiter, die Gefahren, die vom Ölhafen Lobau drohen, seien untergeordneter Bedeutung. Bei der Trinkwasserdesinfektion der Lobau wird man nicht unbedingt auf die übliche Chlorierung zurückgreifen müssen, es wird durchaus möglich sein, die Chlordosis herunterzusetzen oder andere Verfahren heranzuziehen, die den Geschmack oder den Geruch des Wassers in keiner Weise verschlechtern. Der Ausbau des Grundwasserwerkes in der Lobau und allenfalls eines zusätzlichen Wasserwerkes in der Klosterneuburger Straße ist ein positiver Beitrag zur Wasserversorgung der Stadt Wien, die ja nicht immer die beste ist und sogar katastrophale Auswirkungen haben kann. Darum wird die ÖVP dem beschleunigten Ausbau des Grundwasserwerkes Lobau gern ihre Zustimmung geben.

GR. Hans Mayr (SPÖ) hob hervor, daß es nur infolge der jahre-
langen systematischen Vorarbeit möglich ist, diesen Beschluß heute
zu fassen. Er befaßte sich in dem Zusammenhang mit verschiedenen
Pressestimmen und erklärte, daß nicht einmal das Ende der Wasser-
sparmaßnahmen gewissen Presseerzeugnissen recht war. Wenn das
"Volksblatt" schrieb, daß die Verantwortlichen der Rathausmehrheit
nun die Flucht in die Öffentlichkeit antraten, indem sie plötzlich
eine totale Aufhebung der Einschränkungsverfügungen für den Wasser-
verbrauch anordneten, so spürt man daraus deutlich, wie leid es
der ÖVP tut, aus den Wassersparmaßnahmen nicht mehr politisches
Kapital schlagen zu können. Hier wird versucht, aus Naturereignissen,
aus dem Fehlen eines Bodenschatzes oder aus der Unmöglichkeit, ihn
rasch genug zu erschliessen, politisches Kapital zu schlagen.
Gerade jene Seite, die immer so die Fachlichkeit und Sachlichkeit
für sich reklamiert, betreibt dann, wenn es darauf ankommt, billigste
Demagogie.

Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß auch mit der Trinkwasser-
anlage in der Lobau die Frage der Wiener Wasserversorgung noch
nicht endgültig gelöst werden wird. Es bleibt unsere Aufgabe, mit
allem Nachdruck und trotz aller Schwierigkeiten den Bau der Dritten
Wasserleitung voranzutreiben.

Der Redner regte schließlich an, auf eine Abänderung des Wasser-
rechtsgesetzes hinzuwirken, um die rechtliche Basis dafür zu sichern,
daß bei der Vergabe von Wasserrechten in erster Linie die Trink-
wasserversorgung der Städte gesichert wird. Dem vorliegenden Antrag
werden die Sozialisten gerne zustimmen, weil er dazu beiträgt, die
Wiener Wasserversorgung bis zum Bau der Dritten Trinkwasserleitung
zu sichern.

Vizebürgermeister Slavik befaßte sich gleichfalls mit der Kritik
an der Wiener Wasserversorgung und hielt ihr entgegen, daß man
gleichzeitig verschweigt, wieviel Wasser der Bevölkerung zur Ver-
fügung steht. Der Tagesverbrauch liegt bei zirka 430 Millionen
Liter, wozu noch 300 Millionen Liter kommen, die die Industrie
selbst gewinnt. Im "Volksblatt" heißt es dann, daß die sozialistische
Rathausmehrheit langsam zu erkennen beginne, welche katastrophale
Auswirkung die glatte Ablehnung des ÖVP-Antrages des Jahres 1947
hat, sofort auf eine Dritte Wasserleitung hinzuwirken. Ich gebe
zu, sagt der Vizebürgermeister, daß wir 1947 andere Sorgen hatten.

Meiner Meinung nach hat es die Wiener Bevölkerung verstanden, daß es uns damals wichtig schien, von den 900 Kalorien wegzukommen. Wenn sich Herr Präsident Mühlhauser damals - so wie er es nun im Fernsehen getan hat - gemeldet hätte, um im Gebiet von Moosbrunn und Ebreichsdorf Bohrungen durchzuführen, dann hätte er ein Riesenpech gehabt. Er wäre dann heute vielleicht gar nicht da, denn er wäre damals sicher von einer Besatzungsmacht geschnappt worden. Es heißt dann weiter; Das Wasser wurde immer weniger. Vielleicht könnte Kollege Strunz seine Redakteure einmal informieren, ob das wahr oder ob das gelogen ist. Schließlich schreibt die Zeitung: Jetzt ist eine totale Aufhebung der Einschränkungsverfügungen angeordnet worden, weil die Verantwortlichen der Rathausmehrheit nun die Flucht in die Öffentlichkeit angetreten haben. Tatsächlich aber sind die Wasservorräte genauso groß wie am Tage der Aufhebung. Freilich hätte es noch eine andere Möglichkeit gegeben, und die hätte der ÖVP sicher besser gepaßt: wenn wir die Wassersparmaßnahmen nicht aufgehoben hätten, sondern unsere Behälter hätten überlaufen lassen. Dann hätten sie **etwas für die Wahlpropaganda** gehabt. Wir haben gar keine Flucht in die Öffentlichkeit angetreten, sondern einfach den Gegebenheiten Rechnung getragen. Der ganze Sinn dieses Artikels kommt aber darin zum Ausdruck, wenn es heißt, daß die Wiener für die Versäumnisse spätestens bei den Gemeinderatswahlen im Oktober die Rechnung präsentieren werden.

Es ist möglich, daß es wieder einmal längere Zeit nicht regnet. Aber Sie dürfen uns glauben; Wenn wir den Wienern sagen werden, "tuts Wasser sparen", dann werden sie sich daran halten, wie sie es ja bewiesen haben.

1959 wurde von der ÖVP eine ähnliche Propaganda betrieben und sie hat ihnen den Verlust des Vizebürgermeisters gebracht. Die Volkspartei wäre gut beraten, wenn sie ihre Propaganda auf eine andere Basis stellen wollte, als das Belügen der Bevölkerung.

Vizebürgermeister Slavik betonte auch die Mitverantwortung der ÖVP an der Wiener Stadtverwaltung, die nach dem Artikel im Volksblatt 'einen Denkkzettel verdient.

Der Redner zitiert dann eine Studie des Institutes für Finanzwirtschaft und Steuerrecht über öffentliche Verwaltungen, in der es heißt: "Wien kann als ein Modellfall für eine sparsame, zweck-

mäßige und produktive Verwaltung gelten! Wir haben allen Grund stolz auf das Geleistete zu sein und die Wiener werden ein richtiges Urteil treffen, betonte Vizebürgermeister Slavik zum Abschluß.

GR. Peter (FPÖ) meinte, er wolle nicht das "Volksblatt" unterstützen, es sei aber nicht die richtige Methode, ein Parteiblatt seitenweise zu zitieren. Das nächste Mal kommt einer von der ÖVP und hat die "AZ" in der Hand. Was zu kritisieren wäre, haben wir gesagt: daß mit der Vorbereitung zu spät begonnen wurde, daß herumgeplant und debattiert wurde. Die Wiener interessiert jedoch nur, daß alles viel zu spät ist. Wir freuen uns, daß es nun endlich losgehen soll. Wenn wirklich gebaut wird, dann werden wir alle in diesem Haus und alle Wiener einer Meinung sein: Gott sei Dank, daß endlich die Misere beendet wird. Wollen wir alle hoffen, daß das die letzte Debatte über die Wassermisere gewesen ist. Dann haben wir alle miteinander das Lob der Wiener verdient.

Stadtrat Koci erinnert im Schlußwort, weil immer wieder vom Jahr 1947 gesprochen wird, die Wasserwerke haben bis zu dieser Zeit alles einsetzen müssen, um die Bombenschäden zu beheben. Es gab nach dem Krieg 4.000 Gebrechen im Rohrnetz. Die Fachleute haben jedoch schon damals genau geprüft, wo man noch zusätzlich Wasser hernehmen kann, um Wien auch in Zukunft mit einwandfreiem und genügendem Wasser versorgen zu können. In den letzten Jahren wurden zusätzlich täglich 130.000 Kubikmeter Wasser in unsere Wasserleitung eingeleitet. Das macht mehr aus, als wir von der gesamten ersten Wiener Hochquellenleitung bekommen. Es sei auch unrichtig, daß die Wiener vor 1947 nur Hochquellenwasser getrunken haben. Schon 1877, als die I. Hochquellenleitung nicht mehr ausreichte, wurde in Pottschach ein Grundwasserwerk mit vier Tiefbrunnen errichtet, das wir heute noch in Betrieb haben. Die Bauzeit für die erste Hochquellenleitung betrug vier Jahre, und zwar von 1869 bis 1873. Aber schon 1859, bei der Stadterweiterung von Wien, hat man sich entschlossen, für eine Million Einwohner zu kalkulieren und hat damals schon das Grundwasser aus der Mitterndorfer Senke in Erwägung gezogen. Man konnte dann durch die Schenkung des Kaisers anlässlich der Eröffnung der Ringstraße die I. Wiener Hochquellenwasserleitung errichten und ist daher von der Entnahme des Grundwassers aus der Mitterndorfer Senke ab-

gekommen. Die Zeit von 1859 bis 1869 muß man in die Vorbereitungszeit miteinbeziehen. Man muß daher auch jetzt die Vorbereitungsarbeiten, die seit 1947 geleistet wurden nur als Vorbereitung rechnen und den Bau erst mit der Genehmigung durch die Oberste Wasserrechtsbehörde. Diese Genehmigung erhielten wir am 28. Jänner 1964, und heute, am 20. März 1964, können wir den Bau beschließen. Wir hoffen, daß die Baufirmen ihre Termine einhalten werden. Die II. Hochquellenleitung wurde 1900 zu bauen begonnen und 1910 fertiggestellt. Für die Vorarbeiten wurden 16 Jahre benötigt. Der Vorwurf, daß seit 1947 nichts geschehen ist, ist völlig unge-rechtfertigt. Es kann jedoch so lange mit der Dritten Wasserleitung nichts geschehen, solange wir nicht die Genehmigung von der Obersten Wasserrechtsbehörde haben. Von Seiten der Stadtverwaltung wurden bis zum heutigen Tag alle notwendigen Vorarbeiten durchgeführt und hierfür bedeutende Mittel aufgewendet.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage wegen Gasversorgung

Der Vorsitzende GR. Marek (SPÖ) ersuchte sodann den Schriftführer, GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) um Verlesung der dringlichen Anfrage der Gemeinderäte Kowarsch und Haag (ÖVP) an den Amtsführenden Stadtrat für Städtische Unternehmungen, betreffend Schwierigkeiten einer ausreichenden Gasversorgung: "Wie schon seit Jahren der Anschluß von Speicheröfen der Genehmigungspflicht durch die E-Werke unterliegt, muß nun auch seit 15. Februar dieses Jahres die Einleitung von Gasheizungen durch die Gaswerke genehmigt werden. Wie die Anfragesteller erfahren, mußte seither eine große Zahl von Ansuchen abgelehnt werden, weil die Rohrleitungen nicht ausreichend sein sollen. Dieser Sachverhalt und der Gassparappell zu Weihnachten vergangenen Jahres müßten den Anschein erwecken, daß der Ausbau der Wiener Gasversorgung nicht mit den Erfordernissen Schritt halten konnte.

Es ist unverständlich, daß einerseits die Städtischen Gaswerke die Gasheizung propagieren, aber andererseits anscheinend die Gasversorgungsanlagen und das Rohrnetz nicht den erforderlichen Ansprüchen genügen. Dabei werfen die Gaswerke einen beträchtlichen Gewinn ab, der allerdings neben dem Reingewinn der E-Werke für die stark passiven Verkehrsbetriebe verwendet wird.

Da man aber mit einer bestimmten jährlichen Zuwachsrate an Gasverbrauch rechnen muß, müßte es für die Verantwortlichen selbstverständlich sein, daß auch die Wiener Gasversorgungsanlagen und das Rohrnetz entsprechend ausgebaut werden müßten. Während zum Beispiel aber im Jahre 1962 allein für den Ausbau des Gasrohrnetzes sowie für die Rohrauswechslungen insgesamt 54 Millionen, 1963 dafür nur noch 50 Millionen ausgegeben wurden, sind für das heurige Jahr lediglich 44 Millionen Schilling vorgesehen. Die Tatsache, daß von Jahr zu Jahr weniger finanzielle Mittel aufgewendet werden, aber der Gasbedarf von Jahr zu Jahr steigt, muß unweigerlich zu einer Versorgungskatastrophe führen.

Die derzeitige Lage auf dem Gebiet der Gasversorgung und die Beschwerden aus den Kreisen der Wiener Bevölkerung haben ihren Niederschlag schon in der Presse gefunden. Da sich diese Situation noch zu verschlechtern scheint und die Wiener Bevölkerung und auch die Wirtschaft wegen einer Gasversorgungsmisere schwere Nachteile in Kauf nehmen müßten, richten die gefertigten Gemeinderäte an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen die Dringliche Anfrage:

In welcher Beziehung haben die Wiener Gaswerke mit Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen?

Was müßte, bzw. könnte auf technischem und baulichem Sektor getan werden, um eine ausreichende Gasversorgung für Haushalt und Wirtschaft sicherzustellen?

Weshalb und in welcher Höhe fehlen den Städtischen Gaswerken finanzielle Mittel, um ein entsprechendes Investitionsprogramm durchzuführen?

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Amtsführende Stadtrat zu ergreifen, damit die Gasversorgungsschwierigkeiten überwunden werden und daß auch in Hinkunft die Garantie einer ausreichenden Gasversorgung gegeben ist?

In Begründung der Anfrage erhielt GR. Kowarsch (ÖVP) das Wort. Er stellte fest, daß seit einiger Zeit bei der Gasversorgung gewisse Schwierigkeiten bestehen, weil infolge des zu geringen Querschnittes der Hauptrohrleitungen diese nicht mehr ausreichen, um den steigenden Bedarf decken zu können. Auf dem Sektor der Raumheizung geht man immer mehr von der Kohlenheizung ab. Es sei unverständlich, daß wir einerseits für die Aufstellung von Gas- und Elektrogeräten Propaganda machen, andererseits diese Geräte aber dann nicht in Betrieb genommen werden können, weil der Gasdruck nicht ausreicht. Bis vor kurzem waren diese Schwierigkeiten nur auf einzelne Gebiete Wiens beschränkt, in letzter Zeit traten sie jedoch bereits in mehreren Bezirken auf. Seit 15. Februar muß daher für die Aufstellung von Gasheizgeräten die Bewilligung der Gaswerke eingeholt werden, wobei schon einige hunderte Ansuchen abgewiesen wurden. Die für den Ausbau des Rohrnetzes zur Verfügung stehenden Mittel sind im Gegensatz zum steigenden Bedarf jedoch niedriger als im Vorjahr. Es ist daher zu befürchten, daß es bei der Gasversorgung zu den gleichen Schwierigkeiten kommen könnte wie bei der Wasserversorgung. Da eine Einschränkung der Gasabgabe für die Haushalte und für die Wirtschaft schwerwiegende Folgen hätte, müssen wir diesem Problem größtes Augenmerk zuwenden.

Bei der Abstimmung wurde der Anfrage die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

GR. Kowarsch, der zur Besprechung der Anfrage abermals das Wort erhielt, stellte fest, daß er einen Großteil der Schwierigkeiten bereits in Begründung der Anfrage aufgezeigt habe. Er forderte nun auch eine bessere Planung bei den Rohrleitungen in Neubauten, denn selbst dort seien die Steigleitungen vielfach zu schwach.

Die Gaswerke könnten heute zu den Spitzenzeiten den Bedarf kaum mehr decken. Während es bis jetzt im allgemeinen zwar noch gelungen ist, sich der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen, ist das beim Ausbau des Rohrnetzes nicht der Fall. Dabei muß mit einem weiteren Steigen des Bedarfes gerechnet werden. Würde das Gaswerk ein passives Unternehmen sein, könnte man verstehen, daß man vor größeren Investitionen zurückschreckt. Wenn ein Unternehmen aber jährlich Millionen-Gewinne erzielt, diese dann aber einem anderen Betrieb, in unserem Fall den Verkehrsbetrieben, überlassen muß, dann ist dies eine falsche Finanzpolitik. Die Stadtverwaltung habe schließlich die Verpflichtung, die Bevölkerung ausreichend mit Strom und Gas zu versorgen. Wenn nicht bald Entscheidendes unternommen wird, wird es nicht nur eine Wasser-, sondern auch eine Gas- und Strommisere geben.

In der Anfragebeantwortung stellt Stadtrat Schwaiger (ÖVP) fest: Es ist richtig, daß seit 15. Februar dieses Jahres jedes zusätzliche Gasgerät durch das Gaswerk genehmigt werden muß. Vom 15. Februar bis zum 16. März 1964 sind insgesamt 659 solche Ansuchen eingebracht worden, davon wurden 471 positiv, 188 negativ beantwortet. Dabei ist zu betonen, daß es sich bei den Fällen, die abschlägig beschieden wurden, zumeist um Großheizungsanlagen und ähnliches handelte. In den kommenden Monaten ist mit einer wesentlichen Steigerung der Zahl dieser Ansuchen zu rechnen. Die Folge davon wird sein, daß immer mehr abgewiesen werden müssen. Vom E-Werk, wo eine ähnliche Regelung herrscht, wurden im vergangenen Jahr von insgesamt 3.807 Ansuchen 732 abschlägig beantwortet.

Dafür, daß die Werke zu diesem Vorgehen genötigt sind, gibt es folgende Gründe: Beim E-Werk gibt es keine Erzeugungsschwierigkeiten, da zusätzlich Strom über die Verbundgesellschaft besorgt wird. 50 Prozent des Stromes kommen aus der Eigenerzeugung, 50 Prozent liefert die Verbundgesellschaft. Die Mehrheitspartei des Rathauses war lange dagegen, die Eigenerzeugung zu fördern. Nun ist man allerdings daran gegangen, sie anzukurbeln. Die Schwierigkeiten beim E-Werk liegen im Kabelnetz, da die Kabel nicht den notwendigen Querschnitt aufweisen, um genügend Strom an den Verbraucher heranbringen zu können.

Bei den Gaswerken ist die Lage folgendermaßen: 1963 wurden über 700 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben. Da jedoch 1964 mit einem weiteren Verbrauchsanstieg gerechnet werden muß, nähert sich die Erzeugung der Kapazitätsgrenze. In den Wirtschaftsplänen für 1964 waren zunächst 800 Millionen Kubikmeter eingesetzt; erst als feststand, daß die Kapazität dazu nicht ausreichen würde, wurde dies auf 750 Millionen Kubikmeter reduziert. Es besteht kein Zweifel darüber, daß neue Anlagen gebaut werden müßten. Aber auch hier liegen die Hauptschwierigkeiten im Rohrnetz. Es ist noch ein Glück, daß die Rohre, die vor 1910 verlegt wurden, so große Dimensionen aufweisen. Nur durch diese Tatsache war das Gaswerk trotz der stürmischen Entwicklung bisher in der Lage, den Verbrauch einigermaßen zu decken. 1956 betrug die Höchstspitze bei der Gasabgabe noch zwei Millionen Kubikmeter täglich, 1960 stieg sie auf drei Millionen und 1963 auf vier Millionen Kubikmeter. Auf Grund des unzureichenden Rohrnetzes sehen sich die Gaswerke jetzt nicht mehr in der Lage, alle Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen.

Stadtrat Schwaiger stellt sodann fest, er habe schon mehrmals darauf hingewiesen, daß das Geld für Gas- und E-Werk auf der Straße liege, den Werken aber die Kraft genommen wird, das Geld aufzuheben. Der Grund dafür ist, daß man ihre Gewinne den Verkehrsbetrieben zur Verfügung stellt und die Investitionen drosselt. Schon im Vorjahr habe er gesagt: Wenn es so weiter geht, müssen die Stadtwerke vor die Hunde gehen. Einerseits nimmt man den Gas- und E-Werken die notwendigen Mittel weg, andererseits aber gibt man den Verkehrsbetrieben keineswegs jene Hilfe, die sie brauchen würden, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Direktoren von Gas- und E-Werk weisen immer wieder darauf hin, daß sie beim Finanzreferenten kein Gehör finden. Bekanntlich wurden vom Wirtschaftsplan 1963 vier Fassungen ausgearbeitet. In der zweiten Fassung haben die Direktoren der Gaswerke 55,4 Millionen Schilling für den Rohrausbau verlangt. Diese Summe habe er selbst, so erklärt Stadtrat Schwaiger, dann auf 65,4 Millionen erhöht. In der endgültigen Fassung jedoch habe Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik diesen Betrag nicht etwa auf die ursprünglichen 55 Millionen, sondern auf 44 Millionen zusammengestrichen.

Das seien die Tatsachen und die Ursachen, die es immer schwerer machen, die Bevölkerung mit genügend Gas und Strom zu versorgen.

Es sei ein unmöglicher Zustand, daß man die Verkehrsbetriebe mit den Scheingewinnen zu sanieren versuche - Scheingewinne deshalb, weil die Investitionen über Gebühr gedrosselt worden. Seit 1961 hat die Hoheitsverwaltung durch drei Jahre hindurch den Verkehrsbetrieben jeweils 100 Millionen Schilling zugeführt. Dies brachte den Gas- und E-Werken eine große Erleichterung. Für 1964 jedoch wurden die 100 Millionen auf die Hälfte gekürzt, obwohl die Lohnsteigerungen allein schon mehr als 100 Millionen Schilling ausmachen.

Als nächster Redner beschäftigt sich GR. Liwanec (SPÖ) mit der Anfrage. Er kritisiert die spektakuläre Art, mit der die Anfrage vor den Gemeinderat gebracht wurde. Es handle sich dabei um eine arrangierte Flucht in die Öffentlichkeit. In der Begründung der Anfrage stehe der Satz, daß Verschiedenes unweigerlich zu einer Versorgungskatastrophe führen müsse. Dies sei der gleiche Ton, den das bereits zitierte "Volksblatt" angeschlagen habe. Wenn diese Zeitung schreibt, daß hier den Verantwortlichen keine Ausflüchte helfen, so treffe dies durchaus zu. Den Verantwortlichen werden tatsächlich keine Ausflüchte helfen! (Beifall bei der SPÖ.) In den Statuten der Unternehmungen sei die Frage der Verantwortlichkeit eindeutig festgelegt.

GR. Liwanec stellt sodann Stadtrat Schwaiger die Frage, wann er eigentlich jemals auf diese Schwierigkeiten und auf die Genehmigungspflicht für Gasgeräte hingewiesen habe. Als Mitglied des Gemeinderatsausschusses für die Städtischen Unternehmungen stellt GR. Liwanec fest, daß Stadtrat Schwaiger im Ausschuß kein Wort über diese Dinge gesagt habe. Auch in den Äußerungen Stadtrat Schwaigers aus der letzten Zeit sei kein Wort über die Schwierigkeiten enthalten gewesen.

Abschließend betont GR. Liwanec, daß Stadtrat Schwaiger die gestellte Anfrage nicht beantwortet habe. So sei in dieser "mehr als komischen Anfragebeantwortung" nichts über jenen Punkt der Anfrage zu hören gewesen, der sich mit den möglichen Maßnahmen befaßt.

GR. Peter (FPÖ) erklärte: Der Wahlkampf ist ausgebrochen.

Weder die Anfragebeantwortung des Amtführenden Stadtrates noch die Polemik des GR. Liwanec treffen das Richtige. Während der Budgetdebatte erscheint alles im rosaroten Licht, da dankt immer einer dem anderen, hinterher hört man, daß es eigentlich anders sei, daß es doch Schwierigkeiten, doch Versäumnisse gibt. Während der Budgetdebatte sagte der Stadtrat auf eine Anfrage: Wir werden niemals mehr Anschlüsse machen als notwendig sind. Heute stellt sich heraus, daß doch um so und soviel mehr notwendig gewesen wäre. Wozu also während der Budgetdebatte so tun, als ob alles in schönster Ordnung wäre, wenn man hinterher hört, daß doch so und soviel gemacht werden müßte. Im kommenden Wahlkampf werden wir noch mehr davon hören. Sicher haben einzelne Fraktionen so gewisse Geheimwaffen. Aber gewöhnen wir uns daran, alles offen zu sagen. Ich hätte auch erwartet, daß Kollege Liwanec auf die Vorwürfe von Stadtrat Schwaiger eingegangen wäre, wonach zur Sanierung des Gasrohrnetzes zuwenig Geld zur Verfügung gestellt wird. Jedenfalls wäre es das Vernünftigste, wieder zu einer ruhigen und sachlichen Arbeit zurückzufinden und den Wahlkampf dorthin zu verlegen, wohin er gehört, in die Versammlungslokale, und dem Gemeinderat nur einen sachlichen Bericht zu erstatten, zeitgerecht, dann, wenn die Notwendigkeit nicht aus politischen, sondern aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen auftaucht.

GR. Maller (KLS): Ich bin der Auffassung, daß man nicht nur im Wiener Gemeinderat, sondern auch bei den Versammlungen sachlich sein soll. Das zur Debatte stehende Problem soll man weder verniedlichen noch dramatisieren. Der Amtführende Stadtrat betreibt eine inkonsequente Politik, eine Schaukelpolitik, denn in Wirklichkeit vertritt er zwei Meinungen: auf der einen Seite einen harten Kurs, auf der anderen Seite ein Nachgeben. In der Budgetdebatte sagte der Stadtrat: Wir sind ohne Zweifel auf dem richtigen Weg. Wenn das der richtige Weg ist, dann danke ich schön dafür. Und er sagte damals auch: Die Zeit arbeitet zweifellos für uns. Noch kaum drei Monaten wird das durch eine Anfrage seiner Fraktion widerlegt.

Die Gas- und E-Werke brauchen keine Hilfe, man soll ihnen nur nicht das Geld nehmen, dassie für ihre Investitionen brauchen. Der Stadtrat hat richtig festgestellt, daß die Gewinne für die Sanierung der Verkehrsbetriebe abgeschöpft werden. Er hat aber nicht erwähnt, daß die Gas- und E-Werke jährlich viele Millionen an Gebrauchsgebühren an die Stadtverwaltung abliefern, daß sie für Baukostenbeiträge herangezogen werden, die nicht einer Notwendigkeit einer Betriebsführung entsprechen, und er hat nicht die große Zinsenlast angeprangert, die die Stadtwerke durch die Anleihen tragen müssen. Hier liegt des Pudels Kern, hier müsse man Remedur schaffen. Es gebe eine Reihe von Problemen, die in Wien nicht gelöst worden sind. Eines davon ist die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Gas. Da nützt es aber nichts, sich bei der Budgetdebatte um eine klare Antwort zu drücken und zu sagen, wir werden schon einen Weg finden. Darin liegt die Halbheit und die Inkonsequenz, die schließlich zum Schaden der Wiener Bevölkerung ist.

Vizebürgermeister Slavik erklärte entgegen der Feststellung des Stadtrates Schwaiger, daß er die Vorschläge der Direktoren um zehn Millionen erhöht habe: Wir werden nächstens noch strenger nachsehen, ob sie Reserven eingebaut haben. Wir sind für eine ordentliche Gebarung und nicht für Reserven. Die Perlustrierung bei den Wiener Stadtwerken wird nächstens dementsprechend ausfallen. Wenn ~~man~~ zu lesen ist, daß die Direktion sagt, die Strom- und Gaswerke sind sich einig, daß die Kalamitäten in den Gemeindebauten nicht auf ihr Konto gehen, weil die Anschlüsse bis zu den Häusern ausreichend dimensioniert sind, dann erhebt sich die Frage: Wer lügt hier? Die Journalisten, die Direktoren oder der Stadtrat. Es ist zu bedauern, daß hier der Öffentlichkeit ein so beschämendes Schauspiel geboten wird. Denn ~~es~~ ist nur zu bedauern, wenn der zuständige Stadtrat noch immer nicht weiß, was ein Gewinn und was kein Gewinn ist. In der Bilanz ergeben sich Abschreibungen, und diese werden bei den Stadtwerken zu 100 Prozent für Investitionen verwendet. Das sind die in Gesetz vorgeschriebenen Abschreibungen. Was darüber hinaus investiert wird, kann nur aus Gewinnen und Zuschüssen von anderswo investiert werden. Es wäre sehr gut, wenn sich der ~~Amts~~führende Stadtrat zumindest mit den wichtigsten volkswirtschaftlichen Problemen vertraut machen würde, um dem Gemeinderat eine richtige Darstellung zu geben und nicht von Scheingewinnen zu reden.

./.

Was die aufgeworfene Frage der Kapazitätsausnützung anlangt, geht es hier nicht um die kontinuierliche Kapazität das ganze Jahr hindurch, sondern um Spitzen, die einmal im Jahr, am Heiligen Abend, von 11 bis 12 Uhr auftreten. Es kann kein Werk geben, das seine Kapazität auf eine Stunde im Jahr ausrichtet. So muß man ersuchen, den Weihnachtsbraten eine Stunde vorher oder später zu machen.

In dem Artikel stand weiter, daß Anschlüsse nicht durchgeführt werden konnten. In dem konkreten Fall handelte es sich um eine Wohnhausanlage mit 75 Wohnungsinhabern, zwei haben um eine Gasheizung angesucht, beide sind bereits bewilligt worden. Der eine hat überhaupt nichts weiter gebracht, der andere, der eine Etagenheizung montiert hat, mußte ein Stück Rohr erweitern, weil sich die Rohre nach oben zu verjüngen, und solche Installationen müssen vom Wohnungsinhaber immer selbst gemacht werden.

Schließlich gab Slavik eine Gegenüberstellung der Investitionsvolumen von heute und jener Zeit, in der keine Sozialisten im Rathaus waren. Von 1958 bis 1964 wurden 6.255 Millionen investiert, beim Gaswerk allein 1.023 Millionen. 1934 wurden beim Gaswerk 2.700.000 Schilling investiert; mit 10 multipliziert ergibt das 27 Millionen, 1935 wären es umgerechnet 56 Millionen, 1936: 36 Millionen, 1937: 36 Millionen und 1938: 26 Millionen. Im Jahre 1964 dagegen sind es 157 Millionen.

Nehmen Sie an, wir Sozialisten würden heute den Antrag stellen, ihre Anfrageantwortung als ungenügend und unzutreffend nicht zur Kenntnis zu nehmen! Würden wir diesen Antrag hier stellen und annehmen, dann könnten Sie den Hut nehmen und nach Hause gehen! Wir wollen das nicht, denn dann hätten Ihre "Partei-freunde", die Sie abschießen wollten, recht bekommen und hätten Sie losgebracht! Aber wir werden uns nicht in die inneren Parteistreitigkeiten der ÖVP einmischen. Aber so betrachten wir Ihre Anfragebeantwortung als absolut unzutreffend und ungenügend.

Stadtrat Schwaiger erinnerte in seiner Erwiderung daran, daß er seit dem Jahre 1960 bei jeder Beratung der Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke auf diesen, wie er sagte, wirtschaftlichen Unsinn hingewiesen habe, daß man dem E-Werk und dem Gaswerk die notwendigen Gelder wegnimmt, um die wirtschaftliche Situation bei den Verkehrsbetrieben zu retten.

GR. Liwanec ist auch seit 1959 im Ausschuß. Er hat bis heute bei keiner Sitzung festgestellt, daß der Ausschuß ungenügend informiert worden wäre. Im Gegenteil ich habe des öfteren zusätzlich zur Tagesordnung manche Dinge referiert, aber immer den Eindruck gehabt, daß Sie nicht interessiert sind, sondern sich in der vorhergegangenen Fraktionssitzung durch den Generaldirektor und die Direktoren informieren ließen.

Ich wundere mich, daß Sie so wenig die Geschäftsordnung kennen. Eine dringliche Anfrage muß geschrieben und von einer gewissen Zahl von Gemeinderäten unterschrieben sein, um hier überhaupt zur Behandlung kommen zu können. (GR. Liwanec, SPÖ: Wer hat dem davon geredet? - GR. Pfoch, SPÖ : Kann mündlich oder schriftlich erfolgen!) Seit 1945 bis jetzt, entgegen Stadtrat Schwaiger, wurden dringliche Anfragen immer schriftlich eingebracht.

Zu den Ausführungen von Vizebürgermeister Slavik erklärt der Redner, er habe gesagt, in jedem Wirtschaftsplan haben die Direktoren kleine Reserven. Und diese Reserven habe ich versucht herauszunehmen, um eine bessere Dotierung für den Ausbau des Rohrnetzes zu bekommen.

Ein Direktor des Gaswerkes hat sehr eindringlich darauf hingewiesen, daß das Heizgas kein so gutes Geschäft ist, weil die gesamte Erzeugungskapazität und das ganze Rohrnetz auf wenige Spitzentage ausgelegt werden müssen.

Die Gaswerke haben eindeutig einen zusätzlichen Gasbehälter verlangt, aber er ist heuer leider gestrichen worden.

Warum mußten wir so viel investieren? Wir haben den Nachholbedarf zweier Nachkriegszeiten zu erledigen gehabt. Vergessen wir doch auch nicht, welche ungeheure Entwicklung die Gas- und Stromerzeugung genommen hat. Die Erzeugung hat sich ja verzehnfacht! (GR. Stemmer, SPÖ: Entweder verzehnfacht, oder es wurde etwas versäumt, beides kann doch nicht stimmen!)

Die heutige Anfragebeantwortung soll dazu dienen, den Gemeinderat darüber zu informieren, daß es höchste Zeit wäre, die Finanzpolitik gegenüber den Stadtwerken zu ändern.

Damit ist die dringliche Anfrage erledigt, der Vorsitzende GR. Marek schließt die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Empfang für Pädagogen

=====

20. März (RK) Heute und morgen hält das Council der Weltorganisation für die Erziehung des Kleinkindes (OMEP) im Sitzungssaal des Sonderkindergartens in Wien eine Tagung ab, auf der der nächste, in Stockholm stattfindende Weltkongreß der Organisation vorbereitet wird. Der zweite Weltkongreß der Gesellschaft fand im Jahr 1950 im Wiener Rathaus statt. Einer der Vizepräsidenten der Weltorganisation ist der Vorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für die Fürsorge und Erziehung des Kleinkindes, Obermagistratsrat Dr. Ernst Kothbauer.

In Vertretung von Bürgermeister Jonas begrüßte heute abend Stadtrat Maria Jacobi die Tagungsteilnehmer bei einem Empfang im Rathauskeller. Stadtrat Jacobi wünschte den Gästen einen erfolgreichen Verlauf ihrer Tagung und einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

- - -